



Anfragen: Wintersession 2020

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)			
4	Gerber (Hinterkappelen, Grüne)	Selbstmordrate in PZM	3
6	Zaugg-Graf (Uetendorf, glp)	Fragen zum Contact Tracing	4
7	Stucki (Stettlen, glp)	Fragen zum Contact Tracing während der COVID-19-Pandemie	5
8	Brönnimann (Mittelhäusern, glp)	Fragen zur Quarantäneanordnung in Bezug auf COVID-19	6
19	Riesen (Neuenstadt, PSA) (Sprecher/in) Gasser (Bévilard, PSA)	Regionale epidemiologische Daten und kohärente Massnahmen	7
21	Ammann (Bern, AL)	Zugang zu Information und Schutzmaterial in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften während der Coronavirus-Pandemie	8
22	Ammann (Bern, AL)	Isolation, Quarantäne und Zugang zu Information in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften während der Coronavirus-Pandemie	9
23	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP) (Sprecher/in) Schär (Schönried, FDP) Matti (Gelterfingen, BDP)	Vergleich der Spitex-Tarife mit anderen Kantonen offenlegen	10
27	Kocher Hirt (Worben, SP)	Stärkung der pflegerischen Kompetenz in der Verwaltung	11
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
12	Schüpbach (Huttwil, SVP) (Sprecher/in) Grädel (Schwarzenbach BE/Huttwil, EDU)	Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen	12
17	von Arx (Schliern b. Köniz, glp)	Finanzierung der teuren Betriebswendeschleife Sandrain	13
24	von Arx (Schliern b. Köniz, glp) (Sprecher/in) Zryd (Spiez, SP) Egger (Frutigen, glp) Bichsel (Merligen, BDP)	Beurteilung des Erfolgs der Überprüfung der Fussgängerstreifen auf Kantonsstrassen	14
25	Zryd (Spiez, SP) (Sprecher/in) Egger (Frutigen, glp)	Wie weit ist der Regierungsrat bei der Vergabe der Abbaulizenz am Därliggrat?	15

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)

2	Steiner (Boll, EVP)	Stand Windenergie Kanton Bern	16
9	Zimmermann (Frutigen, SVP)	Plant die BKW ein Gaskraftwerk als Back-up-Technologie?	17
10	Flück (Interlaken, FDP) (Sprecher/in) Kohler (Meiringen, Grüne)	Will die BKW Wasserkraftwerke an Investoren verkaufen?	18
18	Knutti (Weissenburg, SVP)	Verschärfte Situation in der Carreisebranche und im Taxi-gewerbe wegen Covid-19	19
20	Vanoni (Zollikofen, Grüne)	Rechtswidrige Bagatellverfahren bei der Bewilligung von 5G-Mobilfunk-Antennen	20

Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

11	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Jugendschutz muss gewährleistet sein	21
13	Heyer (Perrefitte, FDP)	Rechnungsstellung von Schulkostenbeiträgen zwischen Gemeinden – Sonderfall Moutier	22
15	Schindler (Bern, SP)	Intensive Sprachkurse A1 an Berufsfachschulen	23

Sicherheitsdirektion (SID)

3	Gerber (Hinterkappelen, Grüne)	Segelfliegen	24
5	Stucki (Stettlen, glp)	Freiburg und Zürich können es! Wann führt der Kanton Bern die Statistik über LGBTI-feindliche Gewalt ein?	25
14	Ammann (Bern, AL)	Sicherstellung Mindestdistanzen bei Einsätzen von Wasserwerfern und Gummigeschossen	26

Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)

1	Reinhard (Thun, FDP)	Steuergeld für Kirchen und deren Verwendungszweck	27
16	Kohler (Meiringen, Grüne)	Ungelöste Probleme mit dem EWAP in Grindelwald?	28
26	Knutti (Weissenburg, SVP)	Bauen ausserhalb der Bauzone: Entwicklung bei der Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands	29

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 20.11.2020

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne)

Beantwortet durch: GSI

Selbstmordrate in PZM

Um Personen vor sich selbst zu schützen, werden sie zu ihrer eigenen Sicherheit in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Ist dieser Eintritt nicht freiwillig, wird eine sogenannte fürsorgliche Unterbringung (FU) verfügt. Für die Angehörigen ist dies oftmals die letzte Möglichkeit, etwas zur Ruhe zu kommen und die eingewiesene Person in professioneller Betreuung zu wissen.

Fragen:

1. Wie viele Personen begehen innert 24 Stunden nach der Einweisung einen Suizidversuch?
2. Bei wie vielen dieser Fälle wurde der Versuch auch vollendet (Angaben für die letzten fünf Jahre)?
3. Wie kann es sein, dass in einer Psychiatrie mit Fachpersonal und in einer geschützten Umgebung Suizide nicht verhindert werden können?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 21.11.2020

Eingereicht von: Zaugg-Graf (Uetendorf, glp)

Beantwortet durch: GSI

Fragen zum Contact Tracing

Um die COVID-19-Infektionsketten möglichst rasch zu durchbrechen, hat der Kanton Bern ein Contact Tracing eingerichtet. Dieses identifiziert Personen, die (möglicherweise) mit einer COVID-19-infizierten Person in Kontakt standen, und informiert diese, dass sie sich in Quarantäne begeben müssen.

Fragen:

1. Wie stellt das Contact-Tracing-Team sicher, dass es nicht zu Namensverwechslungen kommt, weil Personen gleichen Namens und Wohnorts (in Städten durchaus möglich) als Kontakte gemeldet werden?
2. Wie kann ausgeschlossen werden, dass nicht irgendwelche Personen als mögliche Kontakte angegeben werden (bspw. um der Person zu schaden/eins auszuwischen), sondern tatsächlich nur solche, zu der eine COVID-19-infizierte Person in Kontakt war?
3. Wie wird generell sichergestellt, dass sich Personen nicht unter falschen Angaben in die Tracing-Listen von Lokalen/Veranstaltungen einschreiben?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 21.11.2020

Eingereicht von: Stucki (Stettlen, glp)

Beantwortet durch: GSI

Fragen zum Contact Tracing während der COVID-19-Pandemie

Um die Infektionsketten möglichst frühzeitig zu unterbrechen und die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, führt auch der Kanton ein Contact Tracing durch.

Fragen:

1. Vielerorts kann bei der Registrierung angegeben werden, von wann bis wann man sich an einem Ort befindet (bspw. Restaurants). Weshalb kann es vorkommen, dass dennoch alle Gäste des Tages in Quarantäne geschickt werden und nicht nur die, die zeitgleich mit der COVID-infizierten Person am selben Ort waren?
2. Weshalb wird eine Quarantäne auch dann angeordnet, wenn man während des Kontakts mit der infizierten Person eine Maske getragen hat?
3. Plant der Regierungsrat das Contact Tracing nach der Pandemie aufzuarbeiten, Fehlern proaktiv nachzugehen und die Arbeit für später zu dokumentieren (Stichwort Geschichtsbücher)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 21.11.2020

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: GSI

Fragen zur Quarantäneanordnung in Bezug auf COVID-19

Um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, müssen sich Personen, die in (möglichem) Kontakt zu einer infizierten Person standen, in Quarantäne begeben. Die Quarantäne wird ebenfalls bei der Einreise aus einem Risikogebiet angeordnet.

Fragen:

1. Warum wird den Personen, die eine Quarantäneanordnung erhalten, nicht mitgeteilt, wann (Datum und Uhrzeit) und wo (Ort) der mögliche Kontakt stattgefunden hat?
2. Was passiert, wenn bei einer Quarantäneanordnung Fehler festgestellt werden und deshalb jemand zu Unrecht in Quarantäne geschickt wurde?
3. Gibt es eine (unabhängige Beschwerde-) Stelle, bei der man sich melden kann, wenn man eine Quarantäneanordnung anfechten will? Und wie muss man in dem Fall vorgehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Riesen (Neuenstadt, PSA) (Sprecher/in)
Gasser (Bévilard, PSA)

Beantwortet durch: GSI

Regionale epidemiologische Daten und kohärente Massnahmen

Während der ersten Pandemiewelle informierte der Kanton Bern sehr transparent über die epidemiologische Lage im Kanton und veröffentlichte regelmässig die Ansteckungszahlen pro Verwaltungskreis und sogar nach Gemeinden. Mit Beginn der zweiten Welle im Herbst war plötzlich Schluss mit dieser Kommunikation. Eine Kommunikation in Bezug auf die Lage in den Regionen ist aber wichtig, da je nach Situation und Region strengere Massnahmen getroffen werden müssten.

Der Kanton Bern verfügt sicherlich über einen relativ präzisen Gesamtüberblick über die Zahl und den Ort der Ansteckungen. Diese Angaben finden sich nicht mehr auf der Website des Kantons, und sie werden auch auf Anfrage der Medien nicht mehr kommuniziert. Wir verstehen, dass die Gesundheitsdirektion extrem ausgelastet ist, und danken ihr für alle ihre Anstrengungen, die sie zum Schutz der Bevölkerung unternimmt. Dennoch sind transparente Lageberichte von grösster Wichtigkeit.

Die Nachbarkantone des Berner Juras (Jura und Neuenburg) haben striktere Massnahmen beschlossen, um die Verbreitung des Coronavirus auf ihrem Gebiet einzudämmen, da sie eine besonders hohe Inzidenz aufweisen. Die Massnahmen beinhalten namentlich die Schliessung von Bars und Restaurants. Der Kanton Bern hat sich gegen solche Massnahmen entschieden, was in der Region nun zu einem grossen gastronomischen Tourismus führt. Das ist aus epidemiologischer Sicht kontraproduktiv, weil dadurch die Wirksamkeit der Massnahmen der Nachbarkantone reduziert wird und sich die Ansteckungsgefahr im Berner Jura wesentlich erhöht. Es braucht kohärente und solidarische Massnahmen, vor allem, wenn es um eine Region (wie den Berner Jura) mit einem sehr regen interkantonalen Austausch geht.

Fragen:

1. Warum veröffentlicht und kommuniziert der Kanton die epidemiologischen COVID-19-Zahlen für die Regionen (namentlich für die Verwaltungskreise) nicht mehr?
2. Wie rechtfertigt der Regierungsrat die fehlende Koordination mit den Nachbarkantonen eines gemeinsamen Einzugsgebiets (Jurabogen)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Ammann (Bern, AL)

Beantwortet durch: GSI

Zugang zu Information und Schutzmaterial in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften während der Coronavirus-Pandemie

Diverse Berichte von Direktbetroffenen und von Medien haben Fragen bei der Sicherstellung des Zugangs zu Schutzmaterial sowie Desinfektions- und Reinigungsmitteln zur Bekämpfung der Übertragung von COVID-19 und bei der Einhaltung des Rechts auf Gesundheit in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften offengelassen.

Fragen:

1. Wie wird sichergestellt, dass Menschen, die in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften leben, ausreichend Schutzmaterial wie Masken und über ausreichend Desinfektionsmittel für Hände, aber auch über ausreichend Reinigungsmittel verfügen?
2. Welche zusätzlichen Mittel stellt der Kanton zur Verfügung, damit die Schutzmassnahmen in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften umgesetzt werden können?
3. Wer ist verantwortlich, dass ausreichend Schutzmaterial, Desinfektions- und Reinigungsmittel zur Verfügung stehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Ammann (Bern, AL)

Beantwortet durch: GSI

Isolation, Quarantäne und Zugang zu Information in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften während der Coronavirus-Pandemie

Diverse Berichte von Direktbetroffenen und von Medien haben grosse Fragezeichen hinsichtlich der Umsetzung von Massnahmen hinsichtlich Quarantäne und Isolation und der Einhaltung des Rechts auf Gesundheit in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften offengelassen.

So gibt es Berichte, dass betroffene Personen während zwei Tagen keine Lebensmittel von den Betreiber*innen des Zentrums erhalten haben und dies aus der Zivilgesellschaft heraus organisiert werden musste.

Fragen:

1. Mit welchen Massnahmen stellt der Kanton Bern sicher, dass Menschen in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften in Isolation bzw. Quarantäne gehen können (d. h. ein Einzelzimmer zur Verfügung haben)?
2. Wie wird vom Kanton als Auftraggeber kontrolliert, dass Menschen, die in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften in Isolation bzw. Quarantäne sind, mit den notwendigen Sachen des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Hygieneartikel usw.) versorgt werden?
3. Wie wird durch den Kanton sichergestellt bzw. kontrolliert, dass Menschen in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften Zugang zu den notwendigen Informationen über COVID-19 und über die geltenden Schutzmassnahmen haben (Internetzugang, Informationen in den entsprechenden Sprachen)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP) (Sprecher/in)
Schär (Schönried, FDP)
Matti (Gelterfingen, BDP)

Beantwortet durch: GSI

Vergleich der Spitex-Tarife mit anderen Kantonen offenlegen

Die Spitex-Tarife sind in fast jeder Session ein Thema. Eine Auslegeordnung mit konkreten Angaben mit vergleichbaren Kantonen wäre angebracht. Zudem ist für einzelne kleine Spitex-Organisationen eine vom Durchschnitt stark abweichende finanzielle Situation zu beobachten. Das ergibt im Grossen Rat immer wieder eine Stadt-Land-Auseinandersetzung. Dieses Seilziehen ist ungut für das Zusammenleben in unserem Stadt-Berg-Kanton.

Fragen:

1. Wie vergleicht sich der Kanton Bern mit anderen, ähnlichen Kantonen (Kantonsgrösse und Stadt-Land-Berg-Gebiet) in Bezug auf die Spitex-Kosten in der Grundpflege, Spezialleistungen, Wegentschädigungen, Stunden pro Patientin/Patient, Bruttokosten zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung?
2. Wo sind die grössten Abweichungen festzustellen, und worauf sind diese zurückzuführen?
3. Welche Vorschläge kann die GSI machen, damit das zum Teil bescheidende Spitex-Angebot im ländlichen Raum und im Berggebiet nicht ausgelichtet wird? Müssen allenfalls unterschiedliche Abgeltungen gemacht werden, je nach Einzugsgebiet und fehlenden Angeboten in der Grundversorgung?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 27

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Kocher Hirt (Worben, SP)

Beantwortet durch: GSI

Stärkung der pflegerischen Kompetenz in der Verwaltung

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig, genügend und gut ausgebildetes Pflegefachpersonal für die Versorgung der Bevölkerung ist. Zu den demografischen Herausforderungen ist nun noch die Bewältigung der hohen Fallzahlen und Infektionen durch Covid-19 hinzugekommen. Der Personalmangel im Bereich der Pflege ist nun sehr präsent und zeigt die Grenzen auf.

Nun geht es darum, das Wissen und die Expertise der Pflege besser in die vorhandenen Strukturen in der Verwaltung einzubeziehen. Dies wird im Kanton St. Gallen seit vielen Jahren bereits gemacht. Der Kanton St. Gallen führt eine Abteilung Pflege und Entwicklung im Gesundheitsdepartement. Diese Abteilung wird von einer Pflegefachperson geführt, und die Expertise der Pflege fliesst auf diese Weise über die verschiedenen Gefässe und Kommissionen direkt in die Verwaltung ein.

Verschiedene andere Länder kennen ähnliche Systeme, bei denen eine Pflegefachperson in der Funktion eines «Chief nurse officer (CNO)» arbeitet.

Das Netzwerk Pflege Schweiz beschreibt für diese Funktion folgende Aufgaben:

- Beraten & Informieren: auf übergeordneter und strategischer Ebene, in gesundheitspolitischen Prozessen und Geschäften, zu Strategien in der Gesundheitsversorgung und zu Massnahmen in der Gesundheitspolitik
- Koordinieren & Steuern: Mitwirkung in national und international relevanten Gremien sowie Zusammenarbeit mit Expert/-innen zu pflege- und gesundheitsspezifischen Themen
- Initiieren & Umsetzen: Aktivitäten für die Weiterentwicklung der Pflegeberufe, für neue Rollen und Modelle der Pflege in der interprofessionellen Gesundheitsversorgung und zugunsten der Patientensicherheit

Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, eine solche Stelle in der Verwaltung des Kantons Bern einzurichten?
2. Steht der Regierungsrat in Kontakt mit dem Kanton St. Gallen und tauscht er sich über die gemachten Erfahrungen mit der Abteilung Pflege und Entwicklung im Gesundheitsdepartement aus?
3. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass der Kanton Bern von der direkten Einbindung der pflegerischen Expertise für die Bewältigung folgender Aufgaben profitieren könnte?
 - steigender Bedarf an ausgebildetem Pflegefachpersonal (Rekrutierung und Erhalt von Pflegepersonal)
 - Erreichung der nötigen Ausbildungszahlen
 - Planung, Umsetzung und Kontrolle nötiger Schutzmassnahmen für das Pflegepersonal
 - Mitgestaltung der Behandlungsprozesse in Krisensituationen (Pandemie)
 - Weiterentwicklung der Berufsprofile zur integrierten Versorgung

https://www.sbk.ch/aktuell/news-single?tx_news_pi1%5Bnews%5D=513&cHash=99e8b51e64f5b689a94ca0badf6e6a7b

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Schüpbach (Huttwil, SVP) (Sprecher/in)
Grädel (Schwarzenbach BE/Huttwil, EDU)

Beantwortet durch: BVD

Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen

In der Verordnung über Tempo-30-Zonen ist die Anordnung von Fussgängerstreifen unzulässig. Die Umsetzung führt in verschiedenen Gemeinden zu heftigen Diskussionen, so kürzlich auch in Huttwil, als während der Bauphase mit Ampelverkehrsführung sehr schwierige Verhältnisse entstanden sind. Aus diesem Grund gelangen wir mit untenstehenden Fragen an Sie.

Fragen:

1. Sind die Fussgängerstreifen nur in absoluten Ausnahmen vorgesehen?
2. Tempo-30-Zonen sind als verkehrsberuhigende Massnahmen vorgesehen. Werden sie durch die Fussgängerstreifen nicht gleich wieder aufgehoben?
3. Wäre eine digitale Verkehrsführung mit unterschiedlichen Tempolimits eine Alternative, um der Problematik Abhilfe zu verschaffen?

Beispiel: Während der Stosszeiten von Verkehr und Fussgängern: Tempo 30. Ausserhalb der Stosszeiten: Tempo 40 oder 50.

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: von Arx (Schliern b. Köniz, glp)

Beantwortet durch: BVD

Finanzierung der teuren Betriebswendeschlaufe Sandrain

BERNMOBIL beabsichtigt gegenwärtig, bei der Haltestelle Sandrain der Tramlinie 9 in Wabern eine Betriebswendeschlaufe zu bauen.

Im Dokument «Trambeschaffung 2020 Einrichtungs- oder Zweirichtungsfahrzeuge – Fact-Sheet zur Entscheidungsfindung» von BERNMOBIL vom 14.07.2017 ist für die Haltestelle Sandrain nicht nur eine Wendeschlaufe, sondern auch der Bau einer Kehranlage eine Option (Anhang B) – dies für den Fall der Beschaffung von 18 bis 19 Zweirichtungstrams (beschlossen wurde nun eine Beschaffung von sogar 20 Zweirichtungstrams).

Jüngst soll im Übrigen der Beschluss gefällt worden sein, die Tramlinienverlängerung nach Kleinwabern und damit auch die Wendeeinfrastruktur bei der Haltestelle Sandrain ins Agglomerationsprogramm der 4. Generation zu verschieben.

Fragen:

1. Von welcher Kostenschätzung für die Erstellung für eine Betriebswendeschlaufe im Sandrain (inkl. Anpassungen im Untergrund) geht der Regierungsrat gegenwärtig aus?
2. Welche Konsequenzen hat die Verschiebung ins Agglomerationsprogramm der 4. Generation für die Aufteilung der Finanzierung zwischen Bund und Kanton sowie für die Standortgemeinden der Tramlinie 9 (Köniz, Bern) und für BERNMOBIL?
3. Welche Konsequenzen hat die Verschiebung ins Agglomerationsprogramm der 4. Generation für die vom Bund vorgegebenen Umsetzungsfristen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: von Arx (Schliern b. Köniz, glp) (Sprecher/in)
Zryd (Spiez, SP)
Egger (Frutigen, glp)
Bichsel (Merligen, BDP)

Beantwortet durch: BVD

Beurteilung des Erfolgs der Überprüfung der Fussgängerstreifen auf Kantonsstrassen

Wie der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Interpellation 163-2020 «Überprüfung der Fussgängerstreifen auf Kantonsstrassen - Ist das Ergebnis immer im Sinne des Auftrags?»¹ ausführt, fand für die besagte umfassende Überprüfung keine eigentliche Erfolgskontrolle statt. Hingegen postuliert der Regierungsrat, dass das Sicherheitsempfinden auf vielen Fussgängerstreifen deutlich verbessert werden konnte. Schliesslich weist der Regierungsrat darauf hin, dass die objektive Sicherheit von Fussgängerstreifen das zentrale Kriterium ist.

Fragen:

1. Wie hoch waren die Ausgaben für die nicht mit einer Erfolgskontrolle versehene Überprüfung der Fussgängerstreifen auf Kantonsstrassen und die aus der Überprüfung resultierenden Massnahmen?
2. Wie hat der Regierungsrat ohne Erfolgskontrolle erhoben, dass das Sicherheitsempfinden deutlich verbessert wurde?
3. Welche Relevanz hat die Verbesserung des Sicherheitsempfindens (in Abgrenzung zur objektiven Sicherheit)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

¹ <https://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/fa2104ada2824415b6024a281eaa3c60-332/17/PDF/2020.RRGR.216-RRB-D-214577.pdf>

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Zryd (Spiez, SP) (Sprecher/in)
Egger (Frutigen, glp)

Beantwortet durch: BVD

Wie weit ist der Regierungsrat bei der Vergabe der Abbaulizenz am Därliggrat?

Der Wettbewerb um den Erhalt der Abbaulizenz am Därliggrat ist in vollem Gange und stösst auf grosses Interesse. Auch die Firmen Marti und Vigier, die im Umweltskandal Blausee involviert sind, hoffen auf einen Zuschlag. Von verschiedensten Seiten der Politik wurde gefordert, dass eine Vergabe an eine der beiden Firmen ein Affront und keinesfalls gerechtfertigt wäre.

Fragen:

1. Wie weit ist der Prozess bei der Vergabe der Abbaulizenz am Därliggrat fortgeschritten?
2. Ist die Regierung bereit, die beiden Firmen Marti und Vigier bei der Vergabe auszuschliessen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 13.11.2020

Eingereicht von: Steiner (Boll, EVP)

Beantwortet durch: WEU

Stand Windenergie Kanton Bern

Der Kanton Bern setzt bei den Energiezielen ganz klar auch auf die Windenergie.

Viel Vorarbeit wurde schon geleistet, Regionen und Regionalkonferenzen haben mögliche Standorte gesucht und festgelegt. Wo aber stehen die Windparks? Der Widerstand in Teilen der Bevölkerung für Windparks ist gross, Beispiel Gemeinde Vechigen.

Fragen:

1. Wo steht der Kanton Bern konkret bei der Windenergie Ende 2020?
2. Gibt es Windparks, die vor der Realisierung stehen oder kurz davor?
3. Welche nächsten konkreten Schritte erwägt die Regierung?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 22.11.2020

Eingereicht von: Zimmermann (Frutigen, SVP)

Beantwortet durch: WEU

Plant die BKW ein Gaskraftwerk als Back-up-Technologie?

Die BKW orientiert in einem Pressebericht vom Mai 2020, Gaskraftwerke könnten als Back-up-Technologie zur Überbrückung einer kritischen Stromversorgungssicherheit gegen Winterende nötig werden und aufgrund ihrer relativ tiefen Investitionskosten ökonomisch sinnvoll sein.

Die BKW stellt sich weiter auf den Standpunkt, dass solche Anlagen in Ausnahmesituationen eingesetzt würden.

Fragen:

1. Was sagt der Regierungsrat im Hinblick auf seine Energiestrategie 2006 zu neuen Gaskraftwerken mit der BKW als Bauherrin (der Kanton Bern ist Mehrheitsaktionär der BKW)?
2. Wo würde der Regierungsrat oder das verantwortliche Amt das Potenzial für solche Projekte sehen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Antwort zu den beiden obenerwähnten Fragen in den Bericht Energiestrategie 2006 zu integrieren?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Flück (Interlaken, FDP) (Sprecher/in)
Kohler (Meiringen, Grüne)

Beantwortet durch: WEU

Will die BKW Wasserkraftwerke an Investoren verkaufen?

Nach meinem aktuellen Wissensstand hat die BKW die Absicht, sich von einigen Wasserkraftwerken zu trennen, um diese an Investoren zu verkaufen. Geplant sei eine neue Aktiengesellschaft «Kleinwasserkraftwerke AG», in welche die Kraftwerke ausgelagert werden sollen. Die BKW wolle einen Anteil von 20 Prozent behalten, die restlichen Aktien sollen an Investoren verkauft werden.

Das hätte zur Folge, dass ein Teil der Stromproduktion aus den Händen der BKW und damit auch aus den Händen des Kantons gegeben wird. Das kann ja wohl kaum im Interesse des Kantons Bern als Mehrheitsaktionär der BKW sein.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat darüber informiert, dass die BKW beabsichtigt, Wasserkraftwerke in eine eigenständige Aktiengesellschaft auszulagern, um die Aktienmehrheit an unbekannte Investoren abzutreten?
2. Ist der Regierungsrat mit einem solchen Ansinnen einverstanden?
3. Wenn nein, was gedenkt der Regierungsrat zu tun?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortet durch: WEU

Verschärfte Situation in der Carreisebranche und im Taxigewerbe wegen Covid-19

Die Lage in der Carreisebranche und im Taxigewerbe ist äusserst dramatisch. Im Wissen um die gravierenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Gewerbe hat der Bundesrat bekanntlich bisher auf einen zweiten «Lockdown» auf nationaler Ebene verzichtet. Dies unter anderem mit dem Ziel, die Geschäftstätigkeit der Unternehmen und die Konjunktur im Grundsatz so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Trotzdem sind die private Carreisebranche und das Taxigewerbe de facto schweizweit und auch im Kanton Bern mit einem «Lockdown» konfrontiert.

Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat der speziellen Situation der Carreise- und Taxibranche im Kanton Bern und insbesondere der absoluten Dringlichkeit von finanziellen Hilfen für diese Branchen bewusst?
2. Ist der Regierungsrat bereit, zum Beispiel per Notverordnung der Carreise- und Taxibranche nebst der vom Bund beschlossenen COVID-19-Verordnung für Härtefälle, rasch eine möglichst unbürokratische materielle Soforthilfe zu gewähren?
3. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Regierungsrat ausserdem, um besagte Branchen vor Firmenschliessungen/Konkursen und deren Mitarbeitende vor Arbeitslosigkeit zu schützen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Beantwortet durch: WEU

Rechtswidrige Bagatellverfahren bei der Bewilligung von 5G-Mobilfunk-Antennen

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat am 27. November 2019 (letzte Wintersession) das Postulat 176-2019 («Mehr Transparenz in den Bewilligungsverfahren für Mobilfunk-Antennen und deren Aufrüstung für 5G») angenommen. Als Beispiel für fehlende Transparenz und uneinheitliche Praxis der Bewilligungsbehörden wurde mit dem Postulat auch das Bagatellverfahren kritisiert: Die Umrüstung auf den neuen 5G-Standard an bereits bestehenden und bewilligten Antennenstandorten wird in diesem Verfahren ohne öffentlich publiziertes Baugesuch bewilligt, wenn die Gesamtleistung der Antenne nicht erhöht und die Änderung insgesamt als geringfügig eingestuft werden. Dadurch wird das Recht, Einsprachen zu erheben, beschnitten.

«Die Aufrüstung auf 5G verläuft im Kanton Bern nicht überall korrekt», hat die Berner Tageszeitung «Der Bund» am 15. Oktober 2020 festgestellt. «In vielen Fällen haben Behörden und Mobilfunkfirmen wohl zu Unrecht auf ein Baugesuch verzichtet.» Der Zeitungsbericht stützt sich auf den Entscheid der kantonalen Bau- und Verkehrsdirektion (BVD) vom 9. September 2020, wonach die Anwendung des Bagatellverfahrens bei Antennenstandorten in der Landwirtschaftszone rechtswidrig ist. Die BVD hat damit einen Entscheid der Gemeinde Jaberg geschützt und die Beschwerde einer Mobilfunkfirma dagegen abgewiesen. Im Nachgang zum kantonalen Beschwerdeentscheid in einem Einzelfall interessiert nun die Frage, ob die zahlreichen, mittels Bagatellverfahrens bewilligten 5G-Antennen in der Landwirtschaftszone nun generell noch nachträglich baubewilligt werden müssen bzw. ob jede betroffene Gemeinde diesbezüglich von sich aus aktiv werden muss.

Fragen:

1. Wie viele 5G-Mobilfunkanlagen in der Landwirtschaftszone wurden im Kanton Bern im Bagatellverfahren bewilligt?
2. Wie wird nachträglich bei diesen Mobilfunkanlagen die Prüfung der Standortgebundenheit und Interessenabwägung nach Raumplanungsgesetz durchgeführt? Von Amtes wegen durch den Kanton? Oder muss die jeweilige Standortgemeinde von sich aus aktiv werden?
3. Wann und wie wird der breiter formulierte Prüfauftrag des Postulats 176-2019 erfüllt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: BKD

Jugendschutz muss gewährleistet sein

Eltern machen sich Sorgen wegen dem Umgang ihrer Kinder mit digitalen Medien. Besonders bei Hausaufgaben werde von den Kindern behauptet, nur mit IT-Hilfe arbeiten zu können. Sozialpädagogen weisen darauf hin, dass bereits 30 Prozent der Mittelstufenschüler/-innen im Internet Videos mit pornografischen und gewalttätigen Inhalten anklicken. Damit wird eigentlich der Jugendschutzartikel (Art. 197 Abs. 1 StGB) verletzt. Dieser gilt nämlich für Kinder unter 16 Jahren. Deshalb sind Massnahmen angezeigt.

Fragen:

1. Was hat die BKD für Massnahmen geplant, um diesem Problem der Kinder und Eltern zu begegnen?
2. Werden auf Tablets, welche die Kinder in der Schule gebrauchen, Seiten mit pornografischen oder gewalttätigen Inhalten gesperrt?
3. Ist die BKD auch der Meinung, dass Schulkinder ihre Hausaufgaben ohne IT-Hilfe lösen sollten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortet durch: BKD

Rechnungsstellung von Schulkostenbeiträgen zwischen Gemeinden – Sonderfall Moutier

Gemäss BSiG-Weisung Nr. 4/432.210/1.3 ist für die Rechnungsstellung der Schulkostenbeiträge der 15. September massgebend (Stichtag der Statistik der Lernenden). Im Zusammenhang mit einem konkreten Fall haben wir nun aber kürzlich erfahren, dass in der Gemeinde Moutier der 31. Oktober für die Rechnungsstellung massgebend ist. Das bedeutet, dass bei einem Schüler, der am 26. September in einer der umliegenden Gemeinden als neuer Einwohner gemeldet wird und der die Sekundarschule in Moutier besucht, die Gemeinde Moutier der Wohnortsgemeinde ein ganzes Jahr in Rechnung stellt, während die Wohnortsgemeinde vom Kanton nichts erhält. Laut Auskunft der Bildungs- und Kulturdirektion gibt es im ganzen Kanton keine weiteren Gemeinden, in denen für die Rechnungsstellung der Schulkostenbeiträge der 31. Oktober massgebend ist.

Fragen:

1. War dem Regierungsrat diese Praxis der Gemeinde Moutier bekannt?
2. Wie sieht die Praxis der anderen Gemeinden im Kanton in Bezug auf die Rechnungsstellung der Schulkostenbeiträge aus?
3. Lässt der Regierungsrat die aussergewöhnliche Praxis der Gemeinde Moutier zu, obwohl alle Gemeinden gehalten sind, sich an dieselben kantonalen Weisungen zu halten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Schindler (Bern, SP)

Beantwortet durch: BKD

Intensive Sprachkurse A1 an Berufsfachschulen

Seit 2017 und bis Sommer 2021 läuft an den Berner Berufsschulen ein Pilotprojekt für Deutschkurse für erwachsene Flüchtlinge.

Diese Kurse sind jeweils gut besucht, und viele Teilnehmende nehmen an einer Anschlusslösung teil. Allerdings starten die Kurse teils mit wenig Teilnehmenden (unter 10) und füllen sich dann aber innert weniger Wochen.

Nun mehren sich die Gerüchte, dass sich die Anstellungsbedingungen der Kursleiterinnen und Kursleiter so kurz vor Ende des Pilots verschlechtern und die Lehrpersonen keine Zusagen für ihre Stellen erhalten, solange sich nicht mehr als 10 Personen pro Kurs angemeldet haben. Auf der Anmeldung für Interessierte steht keine Frist, bis wann entschieden wird, ob der Kurs stattfindet.

Fragen:

1. Wie viele Deutschkurse starten im Februar 2021?
2. Bis wann wissen die Personen, die sich angemeldet haben, dass ihr Kurs allenfalls nicht starten wird, falls nicht genügend Anmeldungen eingegangen sind?
3. Was geschieht mit den Angestellten, wenn Anfang Februar klar wird, dass ihr Kurs wegen zu wenig Anmeldungen nicht starten kann?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 20.11.2020

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne)

Beantwortet durch: SID

Segelfliegen

Die Segelflugvereine des Kantons erhielten bis 2011 Sportfondsbeiträge.

In der Wegleitung zur Sportfondsverordnung (SpfV) vom 1. März 2012 wird das Segelfliegen explizit von der Möglichkeit, Beiträge aus dem Sportfond zu erhalten, ausgeschlossen.

Fragen:

1. Warum ist das Segelfliegen von der Möglichkeit, Beiträge aus dem Sportfond zu erhalten, ausgeschlossen?
2. Besteht die Möglichkeit, dass Beiträge wieder gewährt werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 21.11.2020

Eingereicht von: Stucki (Stettlen, glp)

Beantwortet durch: SID

Freiburg und Zürich können es! Wann führt der Kanton Bern die Statistik über LGBTI-feindliche Gewalt ein?

Der Grosse Rat hat die Motion 126-2019 «LGBTI-feindliche Gewalt statistisch erfassen» am 11. März 2020 überwiesen. In der Antwort auf meine Anfrage (Nr. 15) in der Herbstsession 2020 bzgl. des Zeitplans für die Umsetzung der Motion antwortete der Regierungsrat, die Umsetzung sei u. a. wegen der Komplexität (noch) nicht möglich. Einen Zeitplan gebe es nicht, und eine Zusammenarbeit mit Kantonen, in denen gleiche Forderungen umgesetzt werden, finde nicht statt. Auch seien kantonale Zahlen zu wenig aussagekräftig.

Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass der Kanton Freiburg bereits angefangen hat, ebendiese Statistik zu führen (eine entsprechende Motion wurde im Dezember 2019 überwiesen). Die Stadt Zürich wird per 2021 eine solche Statistik führen.

Newsbeitrag Stadt Zürich: <https://gay.ch/news/schweiz-zuerich-erfasst-ab-dem-kommenden-jahr-hassverbrechen>

Newsbeitrag Kanton Freiburg: <https://mannschaft.com/2020/09/25/hate-crimes-kanton-freiburg-erfasst-lgbtqi-feindliche-angriffe/>

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat – im Wissen darum, dass der Kanton Freiburg und die Stadt Zürich anscheinend einen einfachen Weg gefunden haben, diese aus Sicht der Berner Regierung sehr anspruchsvolle und aufwändige Aufgabe zu bewältigen – nun bereit, mit den dortigen Behörden in Kontakt zu treten, um Synergien zu nutzen und Wissen auszutauschen?
2. Die LGBTI-Organisationen sind sehr gerne bereit, die SID bei der Umsetzung der Motion zu unterstützen. Ist der Regierungsrat bereit, diese Unterstützung anzunehmen, damit rasch mit den Arbeiten begonnen und eine Statistik per 01.01.2022 eingeführt werden kann?
3. Welche Stelle innerhalb der SID wird mit der Umsetzung der Motion 126-2019 beauftragt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Ammann (Bern, AL)

Beantwortet durch: SID

Sicherstellung Mindestdistanzen bei Einsätzen von Wasserwerfern und Gummigeschossen

Bei Polizeieinsätzen kommt es in regelmässigen Abständen zur Verwendung von Wasserwerfern, Gummischrot und Gummigeschossen. Für sämtliche Mittel gibt es Weisungen zur Mindestdistanz, die eingehalten werden muss, um diese Waffen einzusetzen.

Fragen:

1. Wie wird beim Einsatz von Gummischrot, Gummigeschossen oder Wasserwerfern sichergestellt, dass die vorgeschriebenen Mindestdistanzen eingehalten werden?
2. Findet bei den unter Frage 1 erwähnten Mitteln eine Messung der Distanzen via Sensor o. ä. statt oder geschieht dies nach einer ungefähren Schätzung der verantwortlichen Person?
3. Wer ist bei einem Gummischrot-, Gummigeschoss- oder Wasserwerfer-Einsatz für die Einhaltung der Mindestdistanzen verantwortlich?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 06.11.2020

Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP)

Beantwortet durch: DIJ

Steuergeld für Kirchen und deren Verwendungszweck

Die Kirchen erhalten jährlich Steuergelder von natürlichen und juristischen Personen. Momentan findet eine öffentliche Diskussion zum Thema «Kirchensteuer und Einmischung in die politische Arbeit» statt. Aus Transparenzgründen bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

Fragen:

1. Welche Beträge bekamen die Kirchen in den letzten 5 Jahren jährlich vom Steuerzahler (wenn möglich aufgeteilt nach natürlichen und juristischen Personen)?
2. Wie viel Geld spenden bzw. leiten die Kirchen jährlich an andere Organisationen weiter (gibt es eine Auflistung)?
3. Wie viel Geld haben die Kirchen in den letzten 5 Jahren in Gebäude- oder Infrastrukturanierungen investiert, um z. B. den CO₂-Austoss zu verkleinern?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Kohler (Meiringen, Grüne)

Beantwortet durch: DIJ

Ungelöste Probleme mit dem EWAP in Grindelwald?

Erneut ist eine Anzeige gegen die Gemeinde Grindelwald hängig, die der Gemeinde – wie bereits 2008 – erneut systematische Verstösse gegen die EWAP-Bestimmungen vorwirft. Konkret geht es um 142 von insgesamt gut 300 Wohnungen, die angeblich nicht ordnungsgemäss ins Grundbuch eingetragen wurden. Diese Vorwürfe ergaben sich aus dem Abgleich des Erstwohnungsanteilplans vom März 2020 mit dem Verzeichnis von 2008, wie aus einem Artikel der Sonntagszeitung vom 24. Mai 2020 hervorgeht.

Fragen:

1. Inwieweit sind diese Vorwürfe bereits abgeklärt?
2. Wenn erneut Fehler beim EWAP vorliegen sollten, liegt dann die Fehlerquote innerhalb der nach 2008 formulierten Zielvorgaben für die Kontrollen?
3. Wie geht der Regierungsrat mit der Forderung um, der Regierungsstatthalter müsse in den Ausstand treten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 26

Eingereicht am: 23.11.2020

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortet durch: DIJ

Bauen ausserhalb der Bauzone: Entwicklung bei der Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands

Am 10. November 2020 hat sich das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) mit einem Brief an den Kanton Bern gewandt. Erstaunlich ist, dass sich das ARE im genannten Brief direkt auf den Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental bezieht. Zur genau gleichen Zeit wird im genannten Verwaltungskreis eine Petition zur Absetzung eines Bauinspektors diskutiert. Es besteht natürlich der Verdacht, dass es sich beim Schreiben des Bundesamts um ein vom AGR «bestelltes» Schreiben handelt.

Fragen:

1. Wie oft kam es im Kanton Bern und schweizweit bislang vor, dass bei Verfügungen über den Verzicht auf eine Wiederherstellung die Eröffnungspflicht bewusst nur für einzelne Regionen eines Kantons statuiert wurde?
2. Welche Schlussfolgerungen zieht der Regierungsrat aus der Tatsache, dass der ARE-Brief vom 3. November 2020 unmittelbar nach der Einreichung der Petition zur Absetzung des als überdurchschnittlich streng geltenden AGR-Bauinspektors Urs Bernhard versandt wurde?
3. Welche rechtlichen und politischen Mittel ergreift der Regierungsrat, um sich zugunsten des Verwaltungskreises Frutigen-Niedersimmental gegen diese erneute Bevormundung des ARE zu wehren?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz